

Wir Berlinerinnen

*Mitteilungsblatt des Landesfrauenrats Berlin und
seiner Mitgliedsverbände*

Inhalt

Frauenpolitik international
Spendenaufruf S. 2

Die aktuelle Debatte
Vaterschaftstests S. 5
Interview mit Brunhilde Raiser S. 8

LFR Nachrichten
12 Jahre ÜPFI S. 10
Unfallversicherung im Ehrenamt S. 10
Gehaltunterschiede S. 11

LFR Kultur und Medien S. 12

Veranstaltungsangebote S. 13

Liebe Leserinnen,

wir freuen uns, Sie mit der ersten Ausgabe von
Wir Berlinerinnen im Jahr 2005 begrüßen zu kön-
nen.

Wie immer versuchen wir, Sie umfassend zu in-
formieren, und wünschen Ihnen viel Spaß beim
Lesen.

Ihr
Landesfrauenrat Berlin e. V.



Landesfrauenrat Berlin e. V.

Liebe Leserinnen,

ein turbulentes Jahr ging zu Ende und für das Jahr 2005 möchte Ihnen der Landesfrauenrat alles erdenklich Gute wünschen.

Wir haben für die erste Jahreshälfte wieder ein spannendes Programm für Sie zusammengestellt. Für die Plenumssitzungen haben wir aktuelle und auch brennende Themen gewählt, z.B. Hartz IV, Zwangsprostitution, Frauen im Ministerium für Staatsicherheit u.v.m.. Alle Termine finden Sie in dieser Ausgabe, und wir würden uns über Ihr Interesse freuen.

Wir bieten Ihnen in diesem Halbjahr erstmalig auch ein Seminarprogramm an. Es ist ein Angebot für Ihre Verbände, als Fortbildung gedacht, und soll Ihnen helfen, u.a., Ihre Veranstaltungen besser zu präsentieren oder Konflikte innerhalb Ihres Verbandes zu lösen. Wenn diese Reihe von Ihnen gut angenommen wird, werden wir sie im zweiten Halbjahr fortsetzen. Die Seminare finden entweder in den Räumen der Konrad-Adenauer-Stiftung oder im Frauenbundhaus statt. Beiden Institutionen möchten wir an dieser Stelle schon einmal herzlich für die freundliche Unterstützung danken.

Hinweisen möchten wir Sie auch auf unser kulturelles Programm. Wir stellen Ihnen den großen slowenischen Dichter France Prešeren vor und möchte Sie zu einer Führung ins Jüdische Museum einladen.

Wir sind auch jederzeit dankbar für Ihre Wünsche und Anregungen. Ebenso sind wir gerne bereit, gemeinsam mit Ihren Verbänden Veranstaltungen zu organisieren und auch durchzuführen. Bitte sprechen Sie uns an, denn wir wünschen uns eine gute Zusammenarbeit, und nur gemeinsam können wir viel erreichen.

Auch der Landesfrauenrat ist tief betroffen von der Flutkatastrophe durch das Seebeben im Indischen Ozean. Viele von Ihnen haben sicherlich bereits durch Spenden dazu beigetragen, die Arbeit der Hilfsorganisationen zu ermöglichen. Wir haben beschlossen, den Spendenaufruf der ASF zu unterstützen und am Samstag den 29. Januar um 15.00 Uhr in der Geschäftsstelle eine Tupperwareparty zu veranstalten, deren Erlöse gespendet werden.

Es grüßt Sie herzlich

Der Vorstand des LandesFrauenRats Berlin e.V.

LFR international

Seebeben in Südasien – Unterstützung für Frauen in Aceh Spendenaufruf der ASF

Das Seebeben im Indischen Ozean und die nachfolgende gigantische Flutwelle haben eine menschliche Katastrophe ungeheuren Ausmaßes verursacht: Hunderttausende Menschen sind gestorben, viele sind verletzt oder traumatisiert, Millionen von Menschen haben ihr Obdach verloren. Hunger und Armut, Elend und Verzweiflung in den ohnehin armen Ländern Südasiens sind grenzenlos - in unserer einen Welt bedürfen die betroffenen Menschen unserer Hilfe.

Von der Katastrophe besonders verwüstet ist die indonesische Region Aceh im Norden der Insel Sumatra. Inzwischen ist die weltweit größte humanitäre Hilfsaktion angelaufen: Medizinische Versorgung, die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser und Nahrungsmitteln, die Beherbergung der obdachlosen Bevölkerung muss in dieser ersten Phase Priorität haben. Hierfür wurden und werden staatliche Hilfen, Unterstützung von verschiedensten Hilfsorganisationen und Spenden von vielen Millionen Menschen zur Verfügung gestellt. Viele Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben hierzu ihren persönlichen Beitrag geleistet. Auch der anschließende Wiederaufbau von Städten und Dörfern, von Infrastruktureinrichtungen und Kommunikationsanlagen, aber ebenso der Wiederaufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen, Organisationen und Vereinen bedarf der internationalen Unterstützung.

Wir Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden hierzu ebenfalls unseren Beitrag leisten und getreu der Aufforderung unseres Bundeskanzlers Gerhard Schröder konkrete patenschaftliche Hilfe zur Verfügung stellen. Wir wollen damit auch sicherstellen, dass in dieser politisch krisengeschüttelten Region demokratische und friedensfördernde Prozesse im Mittelpunkt des Wiederaufbaus stehen. Unser Patenprojekt wird die 1989 gegründete Frauenorganisation Flower Aceh sein.

Durch Flower Aceh erhalten acehneseische Frauen umfangreiche Beratungen. Es finden Aus- und Weiterbildungsprojekte statt, damit die Frauen ihr eigenes Geld verdienen können. Ausbildungsprojekte sind somit auch immer ein Schritt zur Armutsbekämpfung.

Flower Aceh engagiert sich für soziale Gerechtigkeit und gilt als eine der wenigen zivilen Kräfte in der Region, die mit aller Deutlichkeit auf eine demokratische Entwicklung und eine friedliche Lösung des Aceh-Konflikts drängen.

Im Rahmen des blutigen Sezessionskonfliktes zwischen der ehemaligen Suharto-Regierung und der militärisch agierenden Befreiungsbewegung Acehs leistete Flower Aceh medizinische, psychologische und materielle Unterstützung für Kriegswitwen und ihre Kinder sowie für Frauen, die von Soldaten sexuell gefoltert und vergewaltigt wurden.

Und auch nach der politischen Liberalisierung 1998 hielten die bewaffneten Auseinandersetzungen in Aceh an, deren Opfer immer wieder Frauen und Kinder werden. Hinzu kommt, dass mit dem Sonderautonomiestatus für die Provinz Aceh 2001 die Scharia, das islamische Recht, eingeführt wurde, was die Lage und den Status von Frauen nicht verbessert hat.

Internationale Anerkennung erhielt Flower Aceh mit der Verleihung des Yap Thiam Hien-Menschenrechtspreises am 10.12.2001 an die Gründerin der Organisation, Frau Suraiya Kamaruzzaman.

Wir wollen mit dafür Sorge tragen, dass der Wiederaufbau der Region Aceh nicht an den Frauen vorbei geht. Wir wollen ein Zeichen für soziale Gerechtigkeit und für ein Ende militärischer Gewalt setzen. Wir wollen Flower Aceh langfristig unterstützen und mithelfen, das von der Flutwelle stark verwüstete Haus der Organisation wiederaufzubauen. Mit unserer Hilfe wollen wir dazu beitragen, dass Flower Aceh möglichst schnell ihre wichtige Arbeit in der Region fortsetzen kann. Die Berliner AsF und die AG Migration werden hierzu das Projekt weiter begleiten.

Wir bitten Sie um Spenden zur Unterstützung der Frauenorganisation Flower Aceh, damit Flower Aceh ihre Arbeit wiederaufnehmen und Frauen in Notsituationen helfen kann.

Als deutscher Partner von Flower Aceh dient die anerkannte Frauenhilfsorganisation medica mondiale e.V., mit der wir kooperieren und in engem Kontakt stehen. Medica mondiale, unterstützt seit Jahren traumatisierte Frauen in Kriegs- und Krisengebieten. Medica Mondiale koordiniert die deutsche Hilfe für Flower Aceh und sorgt für den zielgenauen Einsatz der Spenden. Richten Sie ihre Spende daher bitte direkt an medica mondiale, Verwendungszweck Flower Aceh – Bankverbindung: Kontonummer 45 000 163 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00). Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.medicamondiale.de

Marie-Schlei-Verein: Wiederaufbauhilfe für Frauenprojekte in Sri Lanka

3000 Frauen und Familien aus den Entwicklungsprojekten des Marie-Schlei-Vereins und seiner Partnerorganisation, der Sri-Lanka-Stiftung AGROMART sind Opfer der Tsunami-Welle geworden. Angehörige sind tot, verletzt, vermisst. Hab und Gut sind verloren, bescheidene Existenzen zerstört. Trotzdem wollen die Frauen sofort daran gehen, ihre Zukunft zu organisieren und so schnell wie möglich ihre Werkstätten und Läden wiederaufbauen und einrichten. Mit Zuschüssen von 1000 Euro pro Person kann nach der Katastrophenhilfe, die unbedingt erforderlich ist, der Wiederaufbau der Kleinstbetriebe begonnen werden. Es geht um Hilfe zur Selbsthilfe, um eine eigenständige nachhaltige Entwicklung für die Menschen durch die Menschen vor Ort.

Seit über 15 Jahren unterstützt der gemeinnützige Marie-Schlei-Verein Ausbildungsprojekte der Agromart Stiftung in Sri Lanka. Hunderte Frauen wurden ausgebildet, bauten kleine Geschäfte auf, hatten ihr Auskommen als Blumen- oder Pilzzüchterin, in der Lebensmittelproduktion und Getränkeherstellung, als Friseurin, Näherin, Schmuckherstellerin oder Kioskbetreiberin. Dieses bescheidene Leben ist nun durch die Naturkatastrophe zerstört. Der Marie-Schlei-Verein will schnell und gezielt helfen und bittet um eine Spende für AGROMART unter dem Stichwort

"Fluthilfe Sri Lanka" Konto: SPARDA HH, BLZ 206 905 00, Kto. 602 035

Mehr unter: <http://www.marie-schlei-verein.de/>

LFR aktuelle Debatte

BGH-Urteil: Heimlich eingeholte Vaterschaftstests sind nicht vor Gericht verwertbar

Ein Männertraum schien endlich wahr geworden zu sein. Der Satz der alten Römer "pater semper incertus, mater certa" ("Der Vater ist immer unsicher, die Mutter sicher") galt seit einigen Jahren so nicht mehr. Der Molekularbiologie sei gedankt. Jetzt ist klar, dass der alte Satz bei der rechtlichen Festschreibung der Vaterschaft weiter gilt. Mit den Plänen der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), heimliche Vaterschaftstests zu verbieten, könnte das wohl bald auch wieder für alle Väter der Fall sein.

Der 12. Senat des Bundesgerichtshof (BGH) hat mit Urteilen vom 12.01.2005 (gerichtliche Aktenzeichen: XII ZR 60/03 sowie XII ZR 227/03) entschieden, dass die Anfechtung der Vaterschaft nicht auf einen heimlich eingeholten DNA-Vaterschaftstest gestützt werden kann. Damit hat der BGH eine lange Diskussion in der Literatur und der Rechtsprechung beendet. Der BGH widersprach auch einem rechtskräftigen Urteil des Landgerichts München I (Az. 17HK O 344/03), das ausgeführt hatte, dass es "unverheirateten Männern erlaubt sein müsse, ihre mögliche Vaterschaft auch ohne Wissen und Erlaubnis der Mutter etwa bei Spezialfirmen testen zu lassen."

Der BGH hatte zu entscheiden, ob eine DNA-Analyse im Rahmen einer Vaterschaftsanfechtungsklage verwertet werden kann, wenn diese Analyse ohne Zustimmung des Kindes bzw. der Kindesmutter eingeholt wurde. Der BGH hat laut der – bisher vorliegenden – Pressemitteilung vom 12.01.2005 (Nr. 04/2005) sich darauf gestützt, dass das heimlich eingeholte DNA-Gutachten gegen Art. 2 Abs. 1 GG bzw. dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Kindes verstoße.

Wie häufig eine falsche Vaterschaft in vergangenen Zeiten und Kulturen auch immer war, es lässt sich heute nicht mehr klären und ist auch unerheblich. Ziemlich übereinstimmend gehen alle Experten davon aus, dass in Westeuropa einschließlich den USA heute 5 bis 10% aller Kinder nicht von demjenigen Vater abstammen, der als Vater vor dem Gesetz betrachtet wird. Der Anteil der untergeschobenen Kinder scheint allerdings je nach Region und Herkunft zu variieren. So wurde nach Untersuchungen zum Thema "paternity fraud", die der britische Sexualforscher Robin Baker anstellte, in der Schweiz nur jedes hundertste Kind außerhalb der Ehe gezeugt, im Großraum London aber nahezu jedes dritte. Das bedeutet, in Deutschland trifft diese Konstellation bis zu 800.000 Menschen insgesamt; jährlich kommen 35.000 bis 70.000 neugeborene Kinder dazu.

Das Geschäft läuft gut. Allein die Firma "ID" der Wiesbadener Firmengründerinnen Kirsten Thelen und Angelika Lösch erwirtschaftet in einem rosa Zweckbau inmitten eines Gewerbegebiets einen Jahresumsatz von einer Million Euro. "Der Markt wächst", glauben die Unternehmerinnen - solange der Bundestag nicht das Aus für die heimlichen Vaterschaftstests beschließt.

Heimliche Vaterschaftstests sind nicht nur wegen des Preises ab 150 Euro, sondern auch wegen ihrer Einfachheit verlockend. Ein ausgerissenes Haar oder ein weggeworfener Kaugummi genügen, um dem angeblichen Vater Gewissheit zu verschaffen.

Tatsächlich sind es aber gar nicht immer nur die Väter, die heimliche Abstammungstests durchführen lassen. Etwa 40% der Auftraggeber von Vaterschaftstests sind Frauen. Dr. Hildegard Haas, Humanbiologin in einem Labor für Abstammungstests: "Ich muss sagen, dass der häufigste telefonische Erstkontakt letztendlich über die Frau initiiert ist. Es kann die schwangere Frau sein, die nicht weiß, von wem sie schwanger ist. Das kann sein, das betroffene Kind, das gerne wissen möchte: Ist mein Vater wirklich mein leiblicher Vater? Auch die neue Partnerin des Mannes - im Sinne ihrer materiellen Absicherung, dass sie mit ihm gemeinsam eine neue Familie gründen kann. Und es kommen die Großeltern zu uns. Da geht es dann meistens um das Erbe und ob ihr Enkelkind tatsächlich ihr leibliches ist oder eben nicht." Natürlich gibt es keine offiziellen Zahlen, wie viele Väter ihre Vaterschaft testen lassen. Doch von den Vätern, die sich in Labors melden, wird lediglich bei einem Viertel der Verdacht bestätigt, dass das Kind nicht von ihnen stammt.

Ob heimliche Tests gesetzlich verboten werden sollten, ist nicht nur politisch, sondern auch unter Experten umstritten. Die Bundesjustizministerin hat sich in den letzten Monaten intensiv und häufig zu diesem Thema geäußert. Sie beabsichtigt, den ohne Einwilligung des Kindes bzw. der Kindesmutter eingeholten Vaterschaftstest unter Strafe zu stellen. Dabei sollen die Väter strafrechtlich belangt werden. Es drohen sogar Haftstrafen bis zu 1 Jahr Freiheitsstrafe. "Wir wollen, dass jeder über seine genetischen Daten selbst verfügt", sagte Zypries in der ARD. Selbstverständlich solle ein Mann eine mögliche Vaterschaft feststellen lassen können. Es müsse aber verhindert werden, "dass sich jedermann solches leicht zu erlangende genetische Material besorgt und testen lässt".

Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar befürwortet ebenfalls das Verbot heimlicher Tests: "Genetische Daten sind besonders schutzwürdig", sagte er. Sie seien nur mit Einwilligung der Betroffenen zulässig, andernfalls drohe ein "nicht mehr kontrollierbarer Dammbruch".

An Begründungen, heimliche Tests weiter zuzulassen, fehlt es nicht. Humangenetiker Dr. Claus Waldenmaier, Gründer eines Test-Labors, in dem heimliche Vaterschaftstests durchgeführt werden, erklärt: "Wir wissen aus Studien aus New York von Evolutionspsychologen, dass die Männer, die einen Vaterschaftszweifel haben, viel weniger in ihre Kinder investieren als Männer, die sicher sind. Zurzeit ist die Scheidungsrate erhöht, die Misshandlungsrate ist erhöht - wenn uns jetzt 100 Väter kontaktieren, dann müssen wir über die 75 sprechen, die von ihrem Zweifel befreit werden. Die sich nämlich wieder ihren Kindern widmen und wieder investieren - nicht nur finanziell sondern auch emotional." Im gerichtlich initiierten Vaterschaftstest, so Väterverbände, liege eine ungleich stärkere Belastung der Familie als in den diskreten Schnelltests. "Mit den Privatgutachten" seien eheliche "Eskalationen vermeidbar".

Selbst einige der schärfsten Zypries-Kritiker verkennen indessen nicht, dass ein gewisser Regelungsbedarf in Sachen Vaterschaftstests sehr wohl bestehe. So müsse der Gesetzgeber hohe Qualitätsstandards für gentechnische Untersuchungen dieser Art festlegen - Vorschriften, die freilich weithin nutzlos wären, wenn die Genlabors im Verbotsfalle ins Ausland abwandern würden. "Damit wären sie einer sinnvollen und notwendigen Kontrolle weitgehend entzogen", schreibt der Jurist Manfred Plautz in der "Zeitschrift für Rechtspolitik": "Vielerlei Missbrauchsmöglichkeiten wären Tür und Tor geöffnet."

Friederike Galland

Hintergrund

Vaterschaftsanfechtungsverfahren

Nach ständiger Rechtsprechung des BGHs reicht die bloße Behauptung, nicht der Vater des Kindes zu sein, nicht aus, ein Vaterschaftsanfechtungsverfahren einzuleiten, in dem die Abstammung dann regelmäßig durch ein gerichtliches Gutachten geklärt wird. Vielmehr muss der Kläger konkrete Umstände vortragen, die bei objektiver Betrachtung geeignet sind, Zweifel an seiner Vaterschaft zu wecken und die Abstammung des Kindes von einem anderen Mann als nicht ganz fernliegend erscheinen zu lassen. Dies erfordert die konkrete Darlegung der Anhaltspunkte, die die Annahme zulassen, dass das Kind nicht vom Scheinvater abstammt (BGH in: FamRZ 1998, Seite 955). Dies sind z.B., dass der mehrfache Geschlechtsverkehr der Mutter des Kindes substantiiert dargelegt wird. Nach einer Entscheidung des OLG Kölns reichen z.B. anonyme Hinweise auf eine nichtbestehende Vaterschaft eines als Vater geltenden Mannes nicht aus (Urteil vom 6.5.2004; gerichtliches Aktenzeichen: 15 UF 235/03). Auch reiche eine „mangelnde Ähnlichkeit des Kindes mit dem Vater nicht aus, außer die Eltern hätte „weiße“ Haut, während das Kind eine schwarze Hautfarbe habe (OLG Köln a.a.O Seite 5; OLG Jena in: FPR 2003, Seite 374)

Die Einlegung einer Anfechtungsklage unterliegt der sehr kurzen Anfechtungsfrist von zwei Jahren. Die Anfechtungsfrist beginnt gemäß § 1600 b Abs. 1 Satz 2 BGB mit dem Zeitpunkt an zu laufen, in dem der Anfechtungsberechtigte von den Umständen erfährt, die gegen die Vaterschaft sprechen. Die Frist wird aber schon dann in Gang gesetzt, wenn der Anfechtungsberechtigte Kenntnis von Tatsachen hat, aus denen sich die nicht fernliegende Möglichkeit einer Abstammung von einem anderen Mann ergibt (BGH, Urteil vom 22. April 1998 – XII ZR 229/96, in: FamRZ 1998, S. 955).

Vaterschaftstests werden auch durchgeführt, um **Unterhaltsforderungen** von Müttern und Kindern zu entgegen. In einem Gerichtsurteil im Land Brandenburg wurde eine Entscheidung gefällt, dass Ex-Frauen den Unterhalt verwirkt haben, wenn sie dem Mann ein Kind untergeschoben haben.

"Wer ein Kind unterschiebt", wird laut Strafgesetzbuch-Paragraph 169 "mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft"; schon "der Versuch ist strafbar".

Technik des Tests per DNA-Analyse

Das "technische" Procedere ist klar und relativ einfach. Im Standardfall werden Gewebeproben dreier Personen gewonnen und untersucht: von Mutter, dem Kind und dem fraglichen Vater.

Das sind entweder Blut, Haarwurzeln oder Schleimhautabstriche, zum Beispiel der Wange. Letzteres ist offiziell sicherlich am einfachsten zu gewinnen, heimlich natürlich auch Haarwurzeln. Diese Konstellation nennt sich "Triade" im Gegensatz zum "Defizienzfall", wenn nur Proben von Vater und Kind vorliegen. Das Alter des Kindes ist unerheblich, der Test ist auch bei Neugeborenen möglich.

Nachdem die Proben im Labor vorliegen, werden im nächsten Schritt bestimmte Teile der in jeder Zelle vorhandenen Moleküle, der DNA, auf den Grad der Übereinstimmung getestet. Dies geschieht mittels der Polymerase-Kettenreaktion (PCR), einem Routine-Verfahren der molekularen Biologie und der Kriminalistik, das sich seit Jahren in vielen Millionen Testungen bewährt hat. Dabei werden 12 bis 16 Genorte

(so genannte loci) auf Übereinstimmungen untersucht. Damit entsteht eine "genetischer Fingerabdruck".

Interessant noch zu wissen: Bei der Testung werden keine genetischen Informationen untersucht, es geht ausschließlich um individuelle Abschnitte der DNA, die keine Proteine codieren. Es findet also keine Gen-Untersuchung statt, Erkenntnisse über zum Beispiel Erbkrankheiten werden nicht erhoben.

"Veraltetes Partnermodell"

Brunhilde Raiser, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, warnt vor schlichten Erklärungen für Kinderlosigkeit

Brunhilde Raiser, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, warnt davor, das Problem grassierender Kinderlosigkeit in Deutschland zu individualisieren. Nach einer repräsentativen Umfrage des Forsa- Instituts im Auftrag der Zeitschrift "Eltern" verzichten rund 40 Prozent der befragten kinderlosen Frauen und Männer aus Unsicherheit über ihre berufliche Zukunft auf Nachwuchs. 44 Prozent der 18- bis 49-Jährigen ohne Kinder fehlt der richtige Partner zur Familiengründung. Nur neun Prozent der Kinderlosen und 20 Prozent der Eltern nannten als Hauptgrund dafür, keine (weiteren) Kinder zu wollen, fehlende Betreuungsplätze. mk

Frankfurter Rundschau: *Der geeignete Partner fehlt und die wirtschaftliche Unsicherheit steigert auch nicht gerade die Gebärfreudigkeit; fehlende Kinderbetreuung ist nur ein nachgeordneter Grund, keine Kinder zu kriegen. So lässt sich eine Forsa-Umfrage zusammenfassen. Konservative Kreise sehen ihre Kritik an der Berliner Familienpolitik bestätigt. Wird nun zum Sturm auf das Konzept zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geblasen?*

Brunhilde Raiser: Dass nur neun Prozent der Befragten ohne Kinder fehlende Betreuungsmöglichkeiten als Grund für ihre Kinderlosigkeit angegeben haben, hängt sicher damit zusammen, dass wer um seinen Arbeitsplatz und seine Existenz fürchtet, in jedem Fall die Frage der Betreuung nachrangig betrachtet. Ebenso rückt die Frage nach der Kinderbetreuung in den Hintergrund, wenn eine Frau nicht einmal den entsprechenden Partner hat, um sich einen Kinderwunsch zu erfüllen. Diese Umfrage zeigt meines Erachtens vor allem eines: Die weit verbreitete Existenzangst in dieser Gesellschaft lässt einen Kinderwunsch immer weiter in den Hintergrund treten.

Kritik am Kurs der Bundesregierung, die auf verbesserte Kinderbetreuung setzt, ist unangemessen?

Die Schlussfolgerung, die Regierung müsse sich nun nicht mehr um bessere Betreuung kümmern, wäre fatal. Wir wissen doch, dass die gute Betreuung eine absolute Schlüsselfunktion für die Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern hat und damit zur Minimierung des Armutsrisikos beiträgt, das Kinder in Deutschland heute erwiesenermaßen darstellen. Viele Menschen, das zeigt die Untersuchung überdeutlich, haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Viele Frauen und auch Männer ohne Kinder fragen sich, könnte ich ein Kind denn ernähren und behalte ich den Job überhaupt, wenn ich ein Kind hätte. Wenn ich keine Betreuungssicherheit habe, habe ich erst recht keine Sicherheit für den Arbeitsplatz.

Sind also die Unternehmer schuld, wenn die Geburtenrate weiter schrumpft?

Die deutsche Wirtschaft muss sich schon fragen, wie sie mit Schwangeren umgeht und mit Arbeitskräften, die Kinder haben. Was trägt sie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei? Und zwar auch jenseits der Debatte um Betriebskindergärten und Teilzeitarbeit. Mobilität und Flexibilität der Beschäftigten sind oberstes Gesetz. Das lässt sich nunmal sehr schwer verbinden mit einer stabilen Familiengründung.

Sehen Sie mehr die Unternehmen oder die Regierung in der Pflicht?

Die Wirtschaft muss die familienfreundliche Ausgestaltung von Arbeitsplätzen gewährleisten. Die Regierung kann nur Rahmenbedingungen schaffen. Generell sehen wir aber: die Gesellschaft als Ganzes ist gefragt. Es liegt doch nicht daran, dass die Frauen zu wählerisch sind, wenn sie einen geeigneten Partner zum Kinderkriegen vermissen. Sie finden keinen, der akzeptiert, dass sie sowohl Familie als auch Beruf miteinander verbinden wollen. Das heißt: Wir haben ein veraltetes Partnermodell. Die Erwartungen von Frauen und Männern sind offenkundig nicht deckungsgleich. Die Nachwuchsfrage betrifft in ihren Ursachen und Auswirkungen die gesamte Gesellschaft. In dieser Untersuchung aber wird sie auf ein individuelles Problem jeder Frau und ihres möglichen Partners reduziert.

Hier sind wir bei den Rahmenbedingungen und für die - haben Sie gesagt - ist die Regierung zuständig.

Eine fixe Väterzeit nach schwedischem Vorbild, wo Erziehungszeit verfällt, wenn der Mann sie nicht nimmt, wäre eine gute Möglichkeit, Selbstverständlichkeit über ein neues Rollenverständnis herzustellen. Ich bin kritisch, was den Vorstoß von Familienministerin Renate Schmidt anbetrifft, die Elternzeit auf ein Jahr zu beschränken und ein Erziehungsgeld mit Lohnersatzwirkung zu schaffen. Das ist zwar prinzipiell richtig, kann aber zum Bumerang werden, wenn nach diesem Jahr nicht genügend Betreuungsmöglichkeiten da sind. Leider sind die entsprechenden Pläne der Regierung zeitlich nicht aufeinander abgestimmt.

Interview: Monika Kappus

Am Rande bemerkt

Kinderlose Männer, so hat Christian Schmitt in einer Untersuchung herausgefunden, gibt es eine ganze Menge, mehr noch als Frauen: 33,8 Prozent der über 20-jährigen Männer, aber nur 26 Prozent der entsprechenden Frauen in seinem Datensatz (mit immerhin 8639 Befragten) waren kinderlos.

Kinderlose Männer in Deutschland (2004). Christian Schmitt. Eine sozialstrukturelle Bestimmung auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ([Papier als PDF-Datei downloadbar](#)) Berlin: DIW, www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/materialien/jahrgang04/index.html

Im 21. Jahrhundert ist die Entscheidung für ein Leben ohne Kinder zu einer gesellschaftlichen Realität geworden. Immer mehr Frauen und Männer wollen keine Kinder. Wurde in der Vergangenheit vielfach die Entscheidung der Frauen als ausschlaggebend betrachtet, sind es in der heutigen Generation eher die Männer, die die Entscheidung in Partnerschaften prägen. Diese Entwicklung ist kein deutsches Phänomen, sondern auch in den europäischen Nachbarländern ist ein Geburtenrückgang deutlich ablesbar. Dr. Christine Carl, Dipl.-Psych., Rowohlt Verlag. *Leben ohne Kinder. Wenn Frauen keine Mütter sein wollen* erschienen.

www.familienhandbuch.de/cmain/f_Aktuelles/a_Partnerschaft/s_1510.html

LFR Nachrichten

Neujahrsempfang der Überparteilichen Fraueninitiative

12 Jahre ÜPFI

Wann: 26.1.2005, 19 - 21.30 Uhr

Wo: Berliner Abgeordnetenhaus Niederkirchnerstraße 5 10111 Berlin

Zum traditionellen Neujahrsempfang der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen laden wir Sie herzlich ein. Wir freuen uns darauf, mit Ihnen das neue Jahr 2005 zu begrüßen, in dem aus frauenpolitischer Sicht große Veränderungen und eine Menge Aufgaben anstehen. Diese Herausforderungen möchten wir gemeinsam überparteilich und generationsübergreifend angehen mit Ihnen, engagierten Frauen aus dem Bundestag, dem Berliner Abgeordnetenhaus, aus Gewerkschaften, Hochschulen, der Wissenschaft, Medien, Frauenprojekten sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Gleichzeitig möchten wir uns bei Ihnen bedanken für 12 Jahre konstruktive Arbeit, in denen wir den Gedanken und die Praxis überparteilicher Bündnisse als Zukunftsstrategie in Erneuerungsprozesse eingebracht haben mit dem Ziel, Lebensbedingungen, Gestaltungsmöglichkeiten und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der öffentlichen und privaten Sphäre zu verbessern. In dieser Zeit gelang es uns, ein paar Steine ins Rollen zu bringen, die zunächst politisch unverrückbar schienen, indem wir Gemeinsames in den Vordergrund stellten und lebendig praktizierten.

Diese erfolgreiche Zusammenarbeit werden wir auch 2005 fortsetzen. Wir möchten mit Ihnen networken, Erfahrungen austauschen und neue Pläne schmieden und würden uns freuen, Sie dazu am Mittwoch, dem 26.1.2005, von 19.00 bis 21.30 Uhr im Berliner Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin begrüßen zu dürfen. Ganz besonders froh sind wir, dass es uns gelungen ist, als diesjährige Festrednerin Maria Böhmer, MdB CDU/CSU gewinnen zu können.

Um eine kurze Anmeldung per e-Mail an info@berlin-stadtderfrauen.de wird gebeten.

Petra Tesch

Im Namen des Vorstands der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen

Gesetz zur Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes bürgerschaftlich Engagierter und weiterer Personen

Der Bundesrat hat auf seiner Sitzung am 26. November 2004 dem Gesetz zur Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes bürgerschaftlich Engagierter und weiterer Personen abschließend zugestimmt (BR-Drs. 833/04).

Mit dem vorliegenden Gesetz werden Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ aufgegriffen, mit denen das bürgerschaftliche Engagement nachhaltig gefördert werden soll. Das Gesetz sieht im Wesentlichen die Erweiterung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes um weitere Personengruppen vor. Dabei handelt es sich um

- bürgerschaftlich Engagierte, die in privatrechtlichen Organisationen im Auftrag oder mit ausdrücklicher Einwilligung, in besonderen Fällen mit schriftlicher Genehmigung, von öffentlich-rechtlichen Institutionen tätig werden,
- ehrenamtlich Tätige, die sich in Gremien von Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften engagieren,
- gewählte Ehrenamtsträger in gemeinnützigen Organisationen,
- ehrenamtliche Helfer in Rettungsunternehmen,
- Personen, die bei internationalen Organisationen Aufgaben wahrnehmen sowie Auslandslehrer,
- deutsche und nicht deutsche Ortskräfte, die Tätigkeiten bei deutschen Einrichtungen im Ausland ausüben.

Entgegen den Vorschlägen des Regierungsentwurfs, in dem eine Versicherungspflicht für ehrenamtlich Tätige, die sich in Gremien von Gewerkschaften engagieren, vorgesehen war, enthält das jetzt beschlossene Gesetz für die genannten Personen die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung. Damit haben ab 01.01.2005 Personen, die in Verbandsgremien und Kommissionen für Gewerkschaften sowie andere selbstständige Arbeitnehmervereinigungen mit sozial- oder berufspolitischer Zielsetzung ehrenamtlich tätig sind oder an Ausbildungsveranstaltungen für diese Tätigkeit teilnehmen, die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung in der gesetzlichen Unfallversicherung.

Eine Beitragspflicht ergibt sich dabei für denjenigen, der von seinem Recht auf freiwillige Versicherung Gebrauch macht. Bundesweit profitieren über zwei Millionen Ehrenamtliche - bei Kosten von 2,50 Euro pro Person/Jahr für die Träger - von der Neuregelung.

Zusammenfassend gilt: Ehrenamtliche in Vereinen und Verbänden, die im Auftrag oder mit Zustimmung von Kommunen oder Kirchen Aufgaben übernommen haben, werden kraft Gesetzes versichert. Sich freiwillig versichern können gewählte Ehrenamtliche in gemeinnützigen Organisationen sowie für Engagierte in Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften.

Der Versicherungsschutz gilt auch bei Auslandseinsätzen Ehrenamtlicher.

Die Broschüre „Zu Ihrer Sicherheit“ (Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung) zeigt das ganze Spektrum des Schutzes der sozialen Unfallversicherung auf.

Noch immer große Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern

Frauen verdienen trotz gleicher Qualifikation im gleichen Job bis zu 30 % weniger als ihre Kollegen. Dies ist das erschreckende Ergebnis einer vom Hamburger Magazin Stern in Auftrag gegebenen Untersuchung der Vergütungsberatung Personalmarkt. Analysiert wurden die Gehälter von 22 Berufen. Außerdem wurden über 250.000 aktuelle Gehälter verglichen und daraus ein bereinigter Mittelwert errechnet. So bekommt ein 45-jähriger Controller durchschnittlich 61.744 Euro brutto im Jahr, eine gleich alte Controllerin aber nur 42.480; das ist ein Unterschied von 31 %. Eine 40-jährige Ingenieurin verdient im Schnitt $\frac{1}{4}$ weniger als ihr gleich alter Kollege: Sie erhält 39.959 Euro, er 53.882. In der Öffentlichkeitsarbeit, in der viele junge Frauen arbeiten, wird ebenfalls oft ungleich bezahlt. Eine 30-jährige PR-Beraterin mit Personalverantwortung bekommt durchschnittlich 20 % weniger als ihr gleichaltriger Kolle-

ge (58.620 Euro gegenüber 46.440 Euro). Auch Frauen in Top-Positionen, die mehr als 30 Mitarbeiter führen, bekommt die Frau durchschnittlich 1/3 weniger als der Mann mit gleicher Qualifikation im gleichen Job.

Bei einer anonymen Umfrage von Personalmarkt für den Stern gaben Personalleiter offen zu, dass sie den Unterschied kennen. 36 % von ihnen erklärten, Frauen verdienen oft weniger als Männer; 17 % sagten sogar: Frauen verdienen grundsätzlich weniger. Im europäischen Vergleich der Abstände zwischen den Gehältern von Männern und Frauen landet Deutschland mit 24 % auf den hintersten Rängen. Die Untersuchung zeigt auch, dass die Unterschiede beim Berufseintritt noch nicht so groß sind. In fast allen untersuchten Berufen öffnet sich aber ab Mitte 30 eine Gehaltsschere, wenn Frauen Familie und Beruf zu vereinbaren haben. Allerdings sagten 40 % der Personalleiter, Frauen verkaufen sich im Gehaltsgespräch schlechter als Männer.

(Quelle: Stern, G+J)

LFR Kultur und Medien

Büchertipps

Handreichungen

Die Handreichung **„Frauen Macht Arbeitsmarktpolitik: Geschlechtergerechtigkeit in „Hartz“ implementieren!“** der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) kann als Download per Mail bestellt werden bei: Daniela.Fiedler@spd.de

Vorwort von Elke Ferner, MdB, ASF-Bundesvorsitzende: Frauen Macht Arbeitsmarktpolitik: Geschlechtergerechtigkeit in „Hartz“ implementieren!

- I. Immer noch Entwicklungsland: Frauenbeschäftigung in Deutschland und was zu tun ist - eine Standortbestimmung vor „Hartz“
- II. Neugestaltung des SGB II („Hartz IV“) - Beispiel für den Umbau des Sozialstaates und die Rolle von Frauen: einige Thesen als Grundlage der Diskussion
- III. „Gesetze für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt 1 und 2“: Was bringt die aktuelle Arbeitsmarktpolitik seit 2003 den Frauen?
Zwischenfazit: Dequalifizierungsdruck als Risiko für Frauen
- IV. Der Start und die Umsetzung von „Hartz IV“: Was sind die Strukturprobleme der Reform, und was haben Frauen zu erwarten?
- V. Frauenpolitische Forderungen zu „Hartz I - IV“
 - V.1. Übergreifende Forderungen
 - V.2. Generelle Forderungen zur Umsetzung der aktiven Arbeitsförderungsinstrumente und -leistungen Gesamtplanung der aktiven Arbeitsmarktpolitik
 - V.3. Forderungen zu einzelnen Instrumenten

Broschüre „Erziehungsgeld/Elternzeit“ – Neuauflage Aufgrund der hohen Nachfrage hat die dbb bundesfrauenvertretung die Broschüre Erziehungsgeld/Elternzeit in der mittlerweile 13. Auflage neu herausgegeben. Die Broschüre beschreibt in übersichtlicher Form die wichtigsten Vorschriften für Beamten/Innen und Arbeitnehmer/Innen und enthält die Rechtsänderungen seit 1. Januar 2004. Die neue Broschüre (Stand: November 2004) kann ab sofort bei der dbb bundesfrauenvertretung kostenlos per Post, per Mail (frauen@dbb.de) oder telefonisch (Tel.: 030/4081-4400) bestellt werden.

Nationales Netzwerk Frauen und Gesundheit (Hrsg.): "Brustkrebs Früherkennung - Informationen zur Mammografie, - eine Entscheidungshilfe", 34 Seiten, Sie können sie unter der angegebenen Adresse bestellen oder auch kostenlos im FFGZ e.V. Berlin abholen. Bezug von Einzelexemplaren bitte mit einem frankierten DIN A-5-Rückumschlag (selbst klebend), versehen mit 0,77 Euro, eigener Anschrift und dem Hinweis "Büchersendung" senden an:

Nationales Netzwerk Frauen und Gesundheit
c/o Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V.
Fenskeweg 2, 30165 Hannover

Diagnose Brustkrebs: Viele Frauen befürchten, im Laufe ihres Lebens am Mamma-Karzinom zu erkranken. Vor diesem Hintergrund klingt es bestechend, die Sterberate durch Reihenuntersuchungen zur Früherkennung von Brustkrebs zu senken. Ab 2005 sollen alle Frauen von 50 bis 69 Jahren alle zwei Jahre zum "Mammografie-Screening" eingeladen werden. Ärzteschaft und Politik erhoffen sich davon einen Rückgang der Sterbefälle um 25 Prozent. In anderen Worten und realistischer ausgedrückt: Nur noch sechs statt acht von 1000 Frauen würden in einem Zeitraum von zehn Jahren an Brustkrebs sterben. Das heißt: Zwei von 1000 Frauen würden von der Früherkennungsmammografie profitieren.

Jeder Todesfall weniger ist ein Gewinn. Darum sagt die Northeimer Frauenärztin Dr. Claudia Schumann vom bundesweiten Arbeitskreis Frauengesundheit: "Keine Frau weiß, ob sie die eine ist, die von der Mammographie profitiert - deshalb muss ihr die Chance für dieses Quäntchen an Zusatzsicherheit angeboten werden." Sie setzt jedoch hinzu: "Aber unter Umständen wird das bezahlt mit Überdiagnostik und Übertherapie."

Nötig seien umfassende Informationen als Entscheidungsgrundlage, sagt die Frauenärztin. Hier setzt die Broschüre "Brustkrebs Früherkennung - Informationen zur Mammografie - eine Entscheidungshilfe" vom "Nationalen Netzwerk Frauen und Gesundheit" an. Diese will einen Wandel im Umgang mit Patientinnen und Verbraucherinnen einleiten. Sie liefert erstmals in Deutschland umfassende Informationen, damit Frauen besser entscheiden können, ob sie zur Mammografie gehen oder nicht. Diese Art der Aufklärung ist eine Rarität: Nach einer aktuellen dänischen Studie beispielsweise benannten weltweit nur sieben von 27 Informationsangeboten im Internet die Probleme der röntgenologischen Früherkennung.

Die Broschüre beschäftigt sich mit den unterschiedlichen Formen von Brustkrebs. Und beschreibt, was die Mammografie leisten kann und was nicht. Beispielsweise wird die Mammografie vielfach mit "Vorsorge" gleichgesetzt. Doch kann sie den Brustkrebs nicht verhindern, sondern sie entdeckt ihn früher. Eine frühzeitige Diagnose verlängert in manchen Fällen nur den Leidensweg von Patientinnen. Auch konnte bisher keine Studie belegen, dass durch Screening weniger invasive Operationen und Therapien nötig sind. Gerade besonders bösartige Tumoren wachsen so

schnell, dass sie selten durch die Momentaufnahme einer Mammografie festgestellt werden. Neben dem "falsch-negativen" Befund ist aber auch der "falsch-positive" Befund keine Seltenheit. In diesem Fall deutet das Röntgenbild fälschlich auf einen Tumor hin. Außerdem werden vermehrt Vorstufen von Brustkrebs (sog. DCIS) entdeckt, von denen nicht vorherzusagen ist, ob sie sich tatsächlich je zu Lebens bedrohendem Brustkrebs entwickeln werden - trotzdem wird in diesen Fällen zur Operation geraten. Es kann sein, dass Frauen durch eine Therapie geschädigt werden, obwohl dieser Befund nie ihr Leben bedroht hätte.

Die wissenschaftliche Beratung bei der Erstellung des Textes übernahm die Hamburger Gesundheitswissenschaftlerin und Ärztin, Professor Dr. Ingrid Mühlhauser, die in einem Interview ausführlich zu Wort kommt. Die Wissenschaftsjournalistin Dr. Eva Schindele übersetzte komplexe wissenschaftliche Fakten in knappe Informationen für Nicht-Medizinerinnen und ließ Frauen auch selbst über Ängste, Hoffnungen und Zweifel sprechen. Die Finanzierung der 34-seitigen Broschüre übernahm die Gmünder Ersatzkasse.

Sachbücher

Irritation Ostdeutschland? Geschlechterverhältnisse in Deutschland seit der Wende, 2004 - 220 Seiten - € 19,90, ISBN 3-89691-584-3

Eva Schäfer, Ina Dietzsch, Petra Drauschke, Iris Peinl, Virginia Penrose, Sylka Scholz, Susanne Völker (Hrsg.)

Die Paradoxien, sozialen Zuspitzungen und kulturellen Neubestimmungen der Umbauprozesse in Ostdeutschland sind Folie und irritierender Ausgangspunkt für Fragen, die sich westlichen Gesellschaften heute überhaupt stellen. Dies interessiert hier im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse: Welche Arbeits- und Lebensarrangements, welche Wertorientierungen, Haltungen treten hervor - nicht zuletzt unter dem Vorzeichen einer sich unter der Hand neu konstituierenden „ostdeutschen Identität“? Was ist der Motor der aktuellen Transformationen in Ost und West und inwieweit werden Geschlechterpolitiken hierbei zu einem Durchsetzungsprinzip? Das Buch präsentiert die aktuellsten Forschungsergebnisse zum Themenfeld Geschlecht und Transformation.

Zur Person

Wegen gravierender Differenzen im Vorstand hinsichtlich der Zusammenarbeit und der zukünftigen Ausrichtung des LFR ist Dagmar König am 06.12.2004 mit sofortiger Wirkung von ihrem Amt als Vorsitzende zurückgetreten. Die stellvertretende Vorsitzende, Marlies Brouwers, übernahm das Amt der geschäftsführenden Vorsitzenden.

Barbara Faccani, Delegierte des EWMD und Beisitzerin im Vorstand des Landesfrauenrates, wurde als unsere Vertreterin in den neu gegründeten Frauenpolitischen Beirat der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen entsandt.

Mechthild Rawert ist neue Vertreterin des LFR Berlin in der Landeskommision Gender Mainstreaming.

LFR- Veranstaltungen

Zugunsten der Flutopfer findet am Samstag den 29. Januar um 15.00 Uhr in der Geschäftsstelle eine Tupperwareparty statt. Bitte melden Sie sich vorher unverbindlich in der Geschäftsstelle an.

Die


**Fraueninitiative
Berlin – Warschau e.V.**

veranstaltet mit Unterstützung der Volkshochschule Steglitz-Zehlendorf zum 11. Mal eine Reihe von Vorträgen mit anschließender Diskussion über das Nachbarland Polen. (VHS Verzeichnis Steglitz-Zehlendorf 2004/2005 Seite 14, Titel SZ 1118)

Begegnung mit unserem Nachbarland Polen XI

Termine: jeweils mittwochs von 19 – 21.00 Uhr

Ort: Bürgertreff S-Bahnhof Lichterfelde West, Hans- Sachsstr. 4e,
Großer Saal

- 19.01.2005 Die polnische Besetzung im Emsland 1645 – 1948
- 02.02.2005 Vratislava – Breslau – Wroclaw, die Geschichte einer Stadt
- 16.02.2005 Das deutsche Kulturerbe in Vergangenheit und Gegenwart am Beispiel des Hirschberger Tals
- 02.03.2005 Die Schlacht bei Mollwitz (Malujowice) und die Geburt der Bevölkerungsstatistik
- 16.03.2005 Die Friedenskirche in Jauer (Jawor) - ihre Restaurierung und die deutsch-polnische Zusammenarbeit
- 06.04.2005 Was denken Polen über die Deutschen ein Jahr nach dem Beitritt in die Europäische Union?

Die Veranstaltungen 2 bis 5 dienen der Vorbereitung einer Reise nach Polen, und zwar u.a. nach Niederschlesien mit den Friedenkirchen, nach Breslau (Wroclaw) und ins Riesengebirge. Termin: 29.07. – 05.08.2005

Teilnahme an der Vortragsreihe über Anmeldekarten in der VHS Steglitz, Rathaus Lichterfelde, Goethestr. 9-11, Raum 113, Tel.: 6321-2050 und 6321-2371. Am ersten Abend werden Teilnehmerkarten auch bei der Veranstaltung ausliegen. Die Kostenpauschale für die gesamte Reihe beträgt € 13,80, ermäßigt € 10,80. Die Einzelveranstaltungen kosten jeweils € 2,50

Anfragen: Christa Vielhauer, Vorsitzende der Fraueninitiative Berlin-Warschau e.V.
Tel.: 030-833 27 25

(Mehr) Frauen in Führungspositionen. Erfahrungen - Strategien - Perspektiven

25. Januar 2005 von 18 bis 20 Uhr, John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien, Lansstr. 7-9, 14195 Berlin, Raum 340,

In den Chefetagen der Wirtschaft wurde die Bedeutung von Frauen in Führungspositionen längst erkannt, und Strategien zur Entwicklung und Stärkung weiblicher Führungskräfte wurden entwickelt. Aber: wie effektiv sind diese Maßnahmen? Wo stehen wir heute in unseren Bemühungen insgesamt, wie könnte es weitergehen, und welche Perspektiven haben junge Frauen heute? Mit:

- Dr. Berit Bretthauer, Senior Assignment Manager beim Personalberatungsunternehmen Heidrick & Struggles

- Becky Ann Gilbert, Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Hauses der Kulturen der Welt
- Bettina Hagedorn, Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und ehem. Bürgermeisterin und Amtsvorsteherin
- Rita Kröger, ehemalige Schulleiterin
- Prof. Dr. Monika Medick-Krakau, Lehrstuhl für Internationale Politik und Prorektorin für Bildung an der TU Dresden, Wiss. Direktorin des Zentrums für Internat. Studien
- Regina Seidel, Unternehmerin und Präsidentin des Verbandes deutscher Unternehmerinnen

Moderation: PD Dr. Susanne Rohr, John F. Kennedy-Institut Berlin,

Informationen: Tel: 030-8385-4015, rohrjfk@zedat.fu-berlin.de

Die Schokofabrik lädt ein: **ZWANGSHEIRAT** Referentin: **Seyran Ates, Autorin und Rechtsanwältin**

Die Zwangsheirat ist nach der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte eine Menschenrechtsverletzung. Sie ist in keinem Land dieser Erde gesetzlich legal. Dennoch werden jährlich Tausende von Menschen gegen ihren Willen zur Heirat gezwungen. Betroffen sind sehr oft minderjährige Mädchen. Nicht selten endet eine Zwangsverheiratung mit einem Ehrenmord. Über Gründe, Hintergründe und zur rechtlichen Situation in Deutschland informiert Seyran Ates. Termin: **28. 01., 18.00 Uhr Ort: Scho-koCafé, Mariannenstr. 6, HH**

Margaret Phillips, London spielt in der Reihe Geburtstagskonzerte für die Epiphanien-Orgel: **"Große Organistinnen"**, Werke von Bach, Stanley, Mendelssohn, Smyth, Judith Weir, Litaize. Am Sonntag, den 30.01.05 um 17 Uhr in der evangelischen Epiphanienkirche Knobelsdorffstr. 72, 14059 Berlin

Nachfragen bitte an: David Brandes, Öffentlichkeitsarbeit, www.epiphanien.de, Tel.: 30 11 69-0 Fax: 3021898, Eintrittspreise für die Geburtstagskonzerte: 18,- EUR; erm. 15,- EUR

Die Unternehmerfrauen im Handwerk e.V. laden ein
zum Thema: **Das Unternehmen richtig im Internet platzieren**

am Dienstag, 01. Februar 2005 um: 18.30 – 21.00 Uhr
Ort Haus des Maler- und Lackiererhandwerks, Wuthenowstr. 1 in 12169 Berlin

Dozentin Petra Iskandar-Thul / PITwebdesign

Wie wird mein Unternehmen im Internet gefunden? Wie gestaltet man die Homepage sinnvoll? Ist der Webauftritt eine Modeerscheinung oder ist er ein betriebswirtschaftliches Muss? Welche Fehler sind vermeidbar, welche kosten Geld? Welche gesetzlichen Vorschriften sind zu beachten? Wie sieht ein Impressum aus und was muss es beinhalten?

Die Teilnahme für Mitglieder der Unternehmerfrauen im Handwerk e.V. und der Maler- & Lackiererinnung Berlin ist kostenfrei. Kostenbeitrag für Gäste: 10,00 €

Anmeldung bitte bis 25.01.2005 per Fax: 030 / 817 80 54

weitere Infos: Beate Roll – 030/817 70 52 / ufh-berlin@web.de

Die Unternehmerfrauen im Handwerk e.V. in Kooperation mit der IKK Brandenburg und Berlin laden ein zum Thema: **Burnout und Stressbewältigung**

am : Freitag, 25.02.2005 von 9.00 – 17.00 Uhr (1. Teil)

Freitag, 08.04.2005 von 9.00 – 13.00 Uhr (1. Teil)

Ort : IKK Brandenburg und Berlin, Keithstr. 9 – 11 in 10787 Berlin
Nähe Wittenbergplatz – Parkplätze vorhanden

Dozent : Robert Weiße – Dipl.-Pädagoge / Coaching-im-Konflikt

Leben und arbeiten in der Balance - wie kann ich Burnout vermeiden und Stress bewältigen? Kostenbeitrag: 20,00 € für Nichtmitglieder der Unternehmerfrauen im Handwerk e.V.

Anmeldung bitte bis 10.02.2005 per Fax: 030 / 817 80 54

weitere Infos: Beate Roll – Tel: 030/817 70 52 – ufh-berlin@web.de

"Gleichstellung in der Wirtschaft - Quo Vadis?" Status Quo und Perspektiven der "Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft"

Mittwoch, 23. Februar 2005 von 18.00 - 20.00 Uhr, Festsaal des Berliner Abgeordnetenhauses, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin,

Im Jahr 2001 haben die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und die Bundesregierung eine freiwillige Vereinbarung zur Gleichstellung geschlossen. Was ist seitdem geschehen? Welche Herausforderungen stehen vor uns, welche Vorhaben sind geplant oder schon umgesetzt? Wie soll die Erreichung des Zieles der Gleichstellung gemessen werden? Und wer stellt an wen welche Erwartungen, um die Rahmenbedingungen gleichstellungsorientierten Handelns in der privaten Wirtschaft zu sichern? Diese Fragen sind Thema des Abends.

- Begrüßung und Einführung: Anke Domscheit (Überparteiliche Fraueninitiative Berlin)
- Prof. Dr. Susanne Baer, LL.M. (Direktorin des GenderKompetenzZentrums an der Humboldt Universität zu Berlin)

Gäste auf dem Podium:

- Christel Riemann-Hanewinkel (Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)
- Ingrid Hofmann (Präsidium der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände)
- Kirsten Rölke (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall)
- Dr. Renate Ortlieb (Mitautorin des 1. Berichts zur Umsetzung der freiwilligen Vereinbarung, Institut für Management, FU Berlin)

Moderation: Bascha Mika (Chefredakteurin der Tageszeitung - taz)

Im Anschluss laden die Veranstalterinnen - die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin, die interfraktionelle Frauengruppe des Bundestages (frauenpolitische Sprecherinnen der Bundestagsfraktionen) und das GenderKompetenzZentrum an der Humboldt-Universität zu Berlin - zu einem kleinen Empfang ein.

Kontakt: Anke Domscheit, ÜPFI (anke.domscheit@ewmd.org), Dr. Karin Hildebrandt, GenderKompetenzZentrum, (mail@genderkompetenz.info)

Fachtagung "Instrumente zur Umsetzung von Gender Mainstreaming"

28.02.2005 von 10.00-17.00 Uhr, Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin
Eine Anmeldung muss wegen des begrenzten Platzangebotes bis zum 28.01.2005 erfolgen. Das Anmeldeformular sowie weitere Informationen finden Sie unter www.genderkompetenz.info.

GenderKompetenzZentrum, Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Karin Hildebrandt, Hausvogteiplatz 5-7, 10117 Berlin, Tel.: +49 (30) 20 93 - 47 58, Fax: +49 (30) 20 93 - 47 56, Email: hildebrandt@genderkompetenz.info,

Termine des LFR Berlin im 1. Halbjahr 2005

- 7. Februar Plenum** In Zusammenarbeit mit dem Jean-Monnet-Haus findet am Vorabend des slowenischen Kulturfeiertages, unter Anwesenheit I.E. Frau Dragoljuba Bencina, der außerordentlichen und bevollmächtigten **Botschafterin der Slowenischen Republik**, eine offene Mitgliederversammlung in den Räumen der Slowenischen Gemeinde, Kolonnenstraße 38 statt. Die Künstlerin Barbara Gauger wird uns den Dichter der Slowenischen Nationalhymne, France Prešeren, und sein Werk vorstellen. Zu diesem Vortrag und einer anschließenden, kleinen Probe slowenischer Weine sind auch Gäste herzlich willkommen.
18.00 Uhr, Gemeindesaal, Kolonnenstraße 38
- 21. Februar** Vorstellung der Halbjahresprogramme der Verbände, gesonderte Einladung ergeht,
18.00, Geschäftsstelle
- 14. März Plenum** „Mediation, ein neues Verfahren. Was bringt es wirklich? Wann und wo kann ich es nutzen?“ Bericht aus der Praxis Monika Oboth, Mediatorin und Ausbilderin BM
*im Rahmen des Frauenmärz Wilmersdorf-Charlottenburg
18.00 Uhr BVV-Saal Rathaus Charlottenburg*
- 21. März** Frauenmesse Rathaus Charlottenburg
11.00 - 18.00 Uhr Rathaus Charlottenburg
- 18. April Plenum** Frauen im Ministerium für Staatssicherheit, Angela Schmole, Behörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
18.00 Uhr im Landesfrauenrat
- 28. April** Besuch des Jüdischen Museums mit Führung „Frauen im Judentum“
*Eintritt und Führung €7
17.00 – 19.00 Uhr Jüdisches Museum*
- 09. Mai Plenum** Arbeitstitel „Pflege“ *18.00 Uhr*
- 13. Juni Plenum** Wahlen und Satzungsänderung, *nur Mitglieder,
18.00 Uhr, Geschäftsstelle*

Zimmer frei

Büroraum, 22 qm, möbliert und unmöbliert ab sofort frei bei einer Bürogemeinschaft von drei Frauen- und Bildungsträgern für einen gemeinnützigen Verein.

Zentral gelegen am Platz der Luftbrücke.

Monatliche Nutzung 300.- Euro, incl. Nebenkosten wie Strom, Reinigung und selbst Toilettenpapier. Gemeinsame Nutzung des Großkopierers möglich. Große Küche evtl. Nutzung der Veranstaltungsräume.

Informationen bei der Geschäftsführerin Frau Weingart unter 030 / 600 84 108 auch am Wochenende

Deutscher Staatsbürgerinnen-Verband e.V. stabue@t-online.de

Für die Entstehung dieser Ausgabe danken wir:

allen Frauen, die einen Artikel geschrieben oder Informationen zur Verfügung gestellt haben,

darüber hinaus Anja Feldhorst, die das Grundlayout zur Verfügung gestellt hat.

**Anja Feldhorst**

Lektorat | Konzeption | Beratung | Texterstellung

Wissenschaftliche Texte
Kriminalliteratur

Sach- und Fachbücher
Biografien/Memoiren

Hagelberger Str. 17
10965 Berlin

☎ 030 – 23 62 09 83
☎ 030 – 23 62 09 84

E-Mail: info@lektorat-feldhorst.de
Internet: www.lektorat-feldhorst.de

Impressum

Herausgeberin:

Landesfrauenrat Berlin e. V.

Tempelhofer Damm 2

12 101 Berlin

Telefon & Fax: 030 / 785 70 10

E-Mail: lfr-berlin@t-online.de

Redaktion: F. Galland

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung des Landesfrauenrates dar. Das Mitteilungsblatt *Wir Berlinerinnen* kann jede/r abonnieren, auch einzelne Mitglieder der Verbände. Wir bitten um Ihr Verständnis, dass wir hierfür einen Kostenbeitrag von 15 Euro (für vier Ausgaben pro Jahr) erheben müssen.

Wir freuen uns über jeden Artikel, den Sie uns zum Abdruck in *Wir Berlinerinnen* zur Verfügung stellen, auch Einladungen zu anstehenden Veranstaltungen drucken wir gerne ab. Rufen Sie uns unter 785 70 10 an.

Seminare des Landesfrauenrates

08. April „Raus aus der Ohnmacht! Erfolgreiche Strategien im Konfliktmanagement und Mediation“

Seminar mit Übungen

Monika Oboth, Business Mediatorin und Ausbilderin BM, und Nicole Berse, Mediatorin BM, Business Mediation Center, www.bmc-germany.de

15. April „Vorzeigbar! - Gestaltung von Flyern und Broschüren.“

Drucksachenerstellung mit Word, speziell auch Bildbearbeitung in Corel Draw und PhotoShop.

Anja Feldhorst, Lektorat Feldhorst: Texte und Layout www.lektorat-Feldhorst.de

22. April „Von sich reden machen! - Medien- und Öffentlichkeitsarbeit!“

Seminar mit Übungen

Kerstin Schweiger, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Schlosspark-theaters, Dozentin am Career and Transfer Service Center der Universität der Künste Berlin

29. April "Gewinnend auftreten! - Vortragsgestaltung mit Powerpoint"

Unübersehbar sein, verständlich und anschaulich werden durch den richtigen Einsatz von Powerpoint.

Friederike Galland, Kommunikationstrainerin

20. Mai "Wer fragt gewinnt! Richtig fragen und antworten! – Schlagfertigkeitstraining"

Seminar mit Übungen - Ärgern Sie sich auch manchmal, dass Sie zu brav antworten? Oder haben Sie schon einmal erlebt, wie andere mit Fragen das Gespräch bestimmen? Wir üben schlagfertige Antworten und gezielte Fragen.

Hella Weingart, Moderatorin

3. Juni „Dafür habe ich jetzt keine Zeit!“ Seminar zur effektiven Zeitplanung (14.30 – 21.00 Uhr)

Christel Schoen, Diplom-Pädagogin und Diplom Sozialpädagogin.

Dieses Seminar findet in Kooperation mit dem Katholischen Deutschen Frauenbund Berlin in dessen Haus in der Wundtstraße 44-45 statt. Alle anderen Bedingungen bleiben gleich.

10. Juni "Tolle Idee! - Mehr und bessere Vorschläge mit Kreativitätstechniken und Moderationsmethoden"

Seminar mit Übungen. Sie wollen packende Veranstaltungen organisieren, Abläufe verbessern, oder endlich mal wieder etwas neues machen? Hier lernen Sie wie.

Friederike Galland, Kommunikationstrainerin

Teilnahmebedingungen:

Die Seminare finden, so nicht anders ausgewiesen, jeweils **Freitags von 14 - 20.00 Uhr in den Räumen der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35** statt.

€ 20 Teilnahmegebühr für jedes Seminar sind bis spätestens 10 Tage vor der Veranstaltung auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Die Gebühr wird bei Absagen bis 7 Tage vorher zurückerstattet. Bei Buchung von sechs Seminaren sind nur € 100 zu entrichten. Dieser Betrag ist jeweils vor dem ersten Seminar fällig.